

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	111
		TOP:	7
	Verhandlung	Drucksache:	722/2021
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	27.09.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Entwurf des Haushaltsplans des Jugendamtes 2022/2023		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 15.09.2021, GRDRs 722/2021. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Hintergrund dieser Vorlage sei u. a. die sogenannte Wunschliste (rote Liste, siehe Anlage 3) mit der Übersicht über die Anmeldungen des Jugendamts für neue Vorhaben des Finanzhaushalts und eine Übersicht der Anträge der freien Träger zum Doppelhaushalt 2022/2023 (Anlage 4), informiert die Vorsitzende. In den weiteren Anlagen sei der Entwurf des Jugendamt-Haushalts (Anlage 1a) enthalten. Die rote Liste spiegele die Anmeldungen des Jugendamts wider. Aus der grünen Liste lasse sich der endgültige Verwaltungsvorschlag entnehmen. Zwischen der roten und der grünen Liste gebe es Differenzen. Damit die Differenzen nicht untergingen, sei es wichtig, dass die rote Liste zum Antrag erhoben und beschlossen werde, damit sie Gegenstand der Haushaltsberatungen im Gemeinderat sein könne.

Herr Käpplinger erwähnt, in der grünen Liste seien nicht alle Vorhaben enthalten, die sich auf der roten Liste befänden. Darüber hinaus gebe es die Anlage 4, auf der sämtliche Anträge aus den Reihen der freien Träger aufgeführt seien. Diese Anträge seien nach dem Dafürhalten der freien Träger aufgrund des Bedarfs notwendig. Aufgrund dessen werde er nicht nur die rote Liste zum Antrag erheben, sondern sämtliche Anträge der freien Träger, damit diese beraten werden und Berücksichtigung finden können, ergänzt Herr Käpplinger.

Herr Schulze-Gronemeyer geht zunächst auf die Anlage 3 ein und begründet die Notwendigkeit der aufgeführten Maßnahmen - insbesondere die Bereiche Sprachförderung, Integration und Personalgewinnung.

Frau Preiß weist auf die Anträge der Beratungsstellen hin, die einen erheblichen Beitrag dazu leisten würden, dass kein Kind/Jugendlicher verlorengehe. Sie plädiert für einen kontinuierlichen Ausbau der Beratungszentren.

Herr Meier geht auf die Seiten 3 und 4 der Anlage 3 ein und begründet den Ausbau und die Weiterentwicklung der Stadtteil- und Familienzentren, der KiFaZe und des Hauses der Familie. Bezogen auf die Anlage 4, die offene Kinder- und Jugendarbeit, die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit sowie die mobile Jugendarbeit bemerkt er, diese sollten ebenfalls berücksichtigt werden. Sämtliche Anträge der Anlage 4 sollten aufgerufen werden, da diese gut bedacht seien. Diese würden dem aktuellen Bedarf der von der Pandemie betroffenen Kinder und Jugendlichen entsprechen.

Herr Pollak geht auf die Anträge im Bereich der Jugendfarmen und Aktivspielplätze ein und bittet um Berücksichtigung derselben. Frau Weegmann bemerkt ergänzend zu dem Wortbeitrag von Herrn Schulze-Gronemeyer, dass die Anhebung der Pauschalen für sonstige Ausgaben für die freien Träger wichtig sei. Diese Situation betreffe ebenfalls die Erhöhung der Fachpersonalkosten. Darüber hinaus seien zwei weitere Anträge gestellt worden, die Erhöhung der Elternbeiträge für die Bonus-Card-Kinder sowie die Erhöhung der Personalschlüssel für die Kitas in sozial schwierigem Umfeld, damit eine gezielte Unterstützung möglich sei. Ebenfalls sollte die Sozialarbeit an Schulen ausgebaut werden sowie der Übergang Schule - Beruf begleitet werden können, ergänzt Herr Käpplinger.

BMin Fezer stellt - wie von Herrn Käpplinger beantragt - den Antrag, die Anlage 3 "Anträge freier Träger zum Doppelhaushalt 2022/2023 mit Mitteilungsvorlagen der Verwaltung" der haushaltsrelevanten Mitteilungsvorlage GRDRs 722/2021 zum Antrag zu erheben, zur Abstimmung und stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt bei 8 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen einmütig zu.

BMin Fezer stellt - wie von Herrn Käpplinger beantragt - den Antrag, die Anlage 4 "Anträge freier Träger zum Doppelhaushalt 2022/2023 ohne Mitteilungsvorlagen der Verwaltung" der haushaltsrelevanten Mitteilungsvorlage GRDRs 722/2021 zum Antrag zu erheben, zur Abstimmung und stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt bei 8 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen einmütig zu.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 722/2021 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (28)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion